

auch zeigen, inwieweit etwa das von ihm untersuchte Leipzig mit dem dortigen Verhältnis der Parteien untereinander einen ‚lokalen Sonderfall‘ oder ein repräsentatives Beispiel darstellt.

Los Angeles

Swen Steinberg

PETER HOFFMANN, Carl Goerdeler gegen die Verfolgung der Juden, Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2013. – 364 S., 4 s/w Abb., geb. (ISBN: 978-3-412-21024-3, Preis: 39,90 €).

Im Jahr 1930 war der zuvor in Königsberg tätige Carl Goerdeler Oberbürgermeister von Leipzig geworden. Im Zuge der Auseinandersetzungen um das im November 1936 gegen seinen Willen entfernte Denkmal für den Komponisten Felix Mendelssohn Bartholdy, der dem Regime aus „rassischen“ Gründen nicht genehm war, trat er zurück. Als Fachmann, gerade für Wirtschaftsfragen, wurde er an höchster Stelle geschätzt, er hatte verschiedene Ämter inne und auch nach seiner Zeit als Oberbürgermeister waren seine Meinung und seine Denkschriften bei den Machthabern des NS-Staates gefragt. Zugleich gilt Goerdeler als eine der wichtigsten und aktivsten Persönlichkeiten des deutschen Widerstandes gegen die nationalsozialistische Herrschaft, wobei ihm seine vielfältigen Vernetzungen sowie seine Reisemöglichkeiten ins Ausland zugutekamen. Im Falle eines Gelingens des Staatsstreichversuches des 20. Juli 1944 war er für das Amt des Reichskanzlers vorgesehen. Im Februar 1945 wurde er hingerichtet. Bereits früh hat er mit GERHARD RITTER einen würdigenden, ihm auch persönlich verbundenen Biografen gefunden (Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954).

Goerdeler entspricht als dezidiert Konservativer und langjähriges DNVP-Mitglied sicher nicht den gängigen Vorstellungen eines Idealdemokraten aus der Perspektive des ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts. Ihm wurde – wie anderen Personen, die dem Widerstand verbunden waren und eine entsprechende Mitwirkung in den meisten Fällen mit dem Leben bezahlten – gerade in jüngerer Zeit auch aus der Geschichtswissenschaft auf eine Art und Weise kritisch begegnet, die erstaunlich wenig Verständnis für historische Konstellationen, durch das „lange 19. Jahrhundert“ geprägte lebensweltliche Vorstellungen sowie insbesondere die Bedingungen und die Begrenzung der Handlungsspielräume innerhalb einer totalitären Diktatur zeigt. Bredter öffentlicher Ausdruck dieser ambivalenten bis ablehnenden Einstellung gegenüber Goerdeler ist das 1999 errichtete Denkmal der Stadt Leipzig für ihren ehemaligen Oberbürgermeister: In die Erde eingelassen, eine Grube, versteckt und mit Texten überfrachtet und damit dem Zweck eines Denkmals – Erinnerung für die Wissenden, Information und Anlass zur Vertiefung für die Nichtwissenden – auf denkbar beste Weise nicht gerecht werdend.

Ein mehrfach vorgebrachter Vorwurf an Goerdeler lautet, er sei letztlich doch judenfeindlich, wenn nicht gar ein regelrechter Antisemit gewesen. Peter Hoffmann, der seit 1970 in Montreal lehrt und durch seine Gesamtdarstellungen sowie seine Biografen (u. a. Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München 1969, seitdem mehrfach überarbeitet und aufgelegt; Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder, Stuttgart 1992) als einer der besten Kenner des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus gelten kann, hat es nun unternommen – in einer quellenesättigten, auch ungedrucktes Material berücksichtigenden, ausführlichen Studie, auf der Basis von Goerdelers Unternehmungen und Äußerungen, der Auswertung von Statistiken, der Einbeziehung der allgemeineren, nicht auf

Deutschland beschränkten Geschichte der Judendiskriminierung und -verfolgung – diesem Vorwurf mit Vehemenz entgegenzutreten. Dies kann als gelungen bezeichnet werden, selbst wenn einige von Goerdelers späten Verlautbarungen, den Umständen geschuldet, nicht immer ganz unmissverständlich sind. Mitunter überschätzte Goerdeler auch die – durchaus vorhandene – Kraft und Wirkung der Argumente seiner Denkschriften, was deren Anliegen allerdings keinen Abbruch tut.

Erschreckend ist, dass ein Ordinarius in einem sich vorwiegend an Fachpublikum richtenden Werk an Thomas Nipperdey erinnern muss, welcher mahnte, der Historiker und sein Leser müssen der Vergangenheit wiedergeben, was jede Zeit habe, „nämlich eine offene Zukunft“ (S. 233). Eigentlich handelt es sich hier um eine Proseminar-Selbstverständlichkeit. Setzt man sich mit der Kritik an Goerdelers Äußerungen durch nachlebende Wissenschaftler auseinander, so ist der Verweis auf Nipperdey mehr als berechtigt, ebenso Hoffmanns Klage über den „heute in Deutschland gegenüber Menschen der Vergangenheit geübte[n] moralische[n] Rigorismus“ (S. 17).

Goerdelers Wirken als Leipziger Stadtoberhaupt in der Zeit nach der sogenannten nationalsozialistischen Machtergreifung ist auch geprägt von der Abwehr antisemitischer Maßnahmen – im Rahmen seiner Möglichkeiten. Ein Einzelkämpfer war er hier nicht, etwa durch den zweiten Bürgermeister Ewald Löser erfuhr er tatkräftige Unterstützung. Die Frage – hier wäre man beim „moralischen Rigorismus“ im Urteil der Nachgeborenen – eines Ämterverzichts hat er wohl erwogen, allerdings verblieb er, wie eine Reihe anderer Regimegegner, letztlich auf seiner Position. Es handelt sich um ein klassisches Dilemma, gerade des deutschen Widerstandes, der im 20. Juli 1944 kulminierte: Um die Handlungsmöglichkeiten zu erhalten, war der Preis einer zumindest partiellen Mitwirkung im Sinne des Regimes zu zahlen.

Die gegen die Juden gerichtete Politik der Nationalsozialisten, gipfelnd im Versuch einer physischen Vernichtung, waren wichtiger Antrieb für maßgebliche Widerständler, sich dem Regime entgegenzustellen, so auch für Goerdeler. Nach Hoffmanns Untersuchungen und der zusammenführenden Analyse (insbesondere S. 236–239) lassen sich im Wirken Goerdelers zugunsten der Juden über die unmittelbare Ebene der Kommunalpolitik hinaus vier Phasen unterscheiden: In einer ersten Phase ist in seinen – vor allem wirtschaftspolitischen – Denkschriften 1934 das Motiv der Staatsräson vorherrschend. Er argumentierte, die Judenpolitik sei im Interesse Deutschlands selbst unklug und er kritisierte die – zu dieser Zeit vielfältigen – außergesetzlichen Maßnahmen. In der zweiten Phase (1935–1937) verwies er zudem auf die Vorstellungen anderer Länder in diesen Fragen, welche wiederum im Interesse des Reiches zu berücksichtigen seien. In der dritten Phase (1938–1939) versuchte Goerdeler immer noch, über schriftliche Ausarbeitungen direkten Einfluss zu nehmen, wirkte allerdings nun auch schon mit Verschwörern zusammen, die auf einen Sturz der Regierung hinarbeiteten. Zugleich war er bemüht, die Briten zu Interventionen bei der deutschen Regierung zu bewegen. Die vierte Phase ist gekennzeichnet durch das Forcieren der von Goerdeler aufgegriffenen, weit vorher vielfach betriebenen, vor allem von den Zionisten gewünschten Verwirklichung der Idee eines jüdischen Staates, also einer Regelung im internationalen Rahmen. All dies deutet Hoffmann vor dem Hintergrund einer um die Juden bemühten, jedoch die Möglichkeiten und Gegebenheiten der Zeit und Umstände im Sinne einer Realisierbarkeit der Ziele berücksichtigenden Einstellung Goerdelers. („Immer führte Goerdeler jedes ihm denkbare Argument zugunsten einer Minderung der Judenverfolgung an.“, S. 174.)

Hart ins Gericht geht Hoffmann, dem man den Ärger deutlich anmerkt, mit den von ihm kritisierten Historikern. Etwa wenn er darauf verweist, dass man Goerdeler und den Umständen nicht gerecht werde, wenn man die von ihm in seiner Schrift „Das Ziel“ von 1941/42 vorgeschlagenen „Ausnahmeregelungen“, welche Juden neben der

Staatsbürgerschaft eines – damals nicht existenten – jüdischen Staates zugleich diejenige Deutschlands erhalten würde, antisemitisch deute. Nach Hoffmann waren Goerdeler's „Ausnahmeregelungen“ so geschaffen, dass sie nahezu allen deutschen Juden die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten hätte. Goerdeler konnte dies allerdings kaum direkt vorbringen, eine Tatsache, die nun nicht mehr verstanden werde. Hoffmann greift Christof Dipper diesbezüglich an, dem er mangelnde Auswertung von Quellen und Statistiken vorwirft, ebenso Theodore Hamerow, der behauptet hatte, Goerdeler sei zwar kein Antisemit gewesen, „habe aber Hitler beraten, wie man Antisemit sein könne“ (S. 245). Besonders verwundert zeigt sich Hoffmann über Hans Mommsen. Für ihn „ist Hans Mommsens Missverständnis der Absichten Goerdelers rätselhaft“, da Mommsen die NS-Zeit und vor allem die Schriften des Widerstandes „wie kaum sonst jemand“ (ebd.) kenne. Nach Mommsen sei auch unter den Regimegegnern „eine antisemitische Grundstimmung“ (Zitat Mommsen, S. 17) gegeben gewesen. Hoffmann lässt es sich nicht nehmen, auf Karl Dietrich Bracher zu verweisen, der Hans Mommsen, eine Äußerung von Joachim Fest aufgreifend, als „Sprachrohr der herrschenden denunziatorischen Laune gegenüber dem Widerstand“ (S. 266, Anm. 24) bezeichnete.

In summa: Der Historiker Hoffmann geriert sich weniger, was in dieser Zunft weit- aus üblicher ist, als Richter denn als Anwalt. Es ist ein wütender, sich mitunter auch wiederholender Anwalt, der seine Beweise stark machen will und zur Aufzählung von Ereignissen sowie Aufhäufung von Zahlen und Namen neigt, was die Arbeit nicht immer leicht lesbar macht. Seinem Anliegen, dem Leser das Bild eines um die Juden besorgten Carl Goerdeler zu hinterlassen, der seine Möglichkeiten ausschöpfte, um gegen die antisemitische Politik des Nationalsozialismus anzukämpfen, dürfte er reichlich Genüge getan haben. Vor allem ist es Hoffmann gelungen, Goerdelers Äußerungen in ihre Zeit und Entstehungsumstände zurückzustellen, die Hauptthese des Autors – Goerdeler habe sich für die Juden verwendet, den Gegebenheiten entsprechend meist auf indirektem Wege – wird auf diese Weise plausibel. Goerdeler trieb allerdings weit mehr um als das Schicksal der Juden. Für eine neue, umfassende Gesamtdarstellung Goerdelers – die gerade auch die kontroverse Diskussion um die Bewertung seiner Person nach dem Ende des NS-Regimes aufzunehmen hätte – hat Hoffmann einen wesentlichen Baustein zur Verfügung gestellt.

Mannheim

Erik Lommatzsch

GÜNTER HOFMANN, Flucht und Vertreibung vor 70 Jahren. Wir erinnern uns – Zeitzeugen berichten, Verlag Hille, Dresden 2015. – 362 S., 1 farb. Abb., kart. (ISBN: 978-3-939025-55-9, Preis: 14,90 €).

Mehr als 70 Jahre sind seit der Flucht oder Vertreibung der Deutschen aus dem östlichen Europa vergangen. Ein ganzes Menschenleben ist es her, dass etwa 14 Millionen Menschen ihre Heimat unter anderem in Pommern, Ost- und Westpreußen, in Schlesien und Böhmen erzwungenermaßen verlassen mussten.

In der Sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR wurde ihr Schicksal weitgehend tabuisiert und die Hilfsmaßnahmen für die sogenannten Umsiedler liefen schon Anfang der 1950er-Jahre aus. Dort, wo ihre Lebenswege nicht ganz beschwiegen wurden, gab es jedoch nur einen Modus der Darstellung, den der Erfolgsgeschichte: Stets wurde die Eingliederung von über vier Millionen Menschen als gelungener Prozess präsentiert. Der spezifische Erfahrungsschatz und die daraus resultierenden Bedürfnisse einer so großen Bevölkerungsgruppe wurden verdrängt. Die ‚Umsiedler‘ in der DDR sollten an der Gestaltung einer ‚sozialistischen Zukunft‘ mitwirken und